

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2006 werfen ihre Schatten auf die politische Diskussion in Costa Rica

Reinhard Willig

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Costa Rica, Panama, Nicaragua und Honduras

San José, 25. August 2005

Neben dem Präsidenten werden am 6. Februar 2006 zwei Vize-Präsidenten sowie 57 Abgeordnete nach geschlossenen Provinzlisten gewählt, weiterhin die über 400 Stadträte in den 81 Kantonen des Landes. Zur Wahl aufgerufen sind rd. 2,5 Millionen Wähler, von denen rd. 40 % unter 35 Jahre sind und etwa 300.000 erstmalig zur Wahl gehen. Die Kosten für den Wahlgang werden auf rd. 14 Millionen US-Dollar geschätzt.

Am 6. Juni 2005 lief die Einschreibefrist für die Neugründung von Parteien ab. Bereits anerkannte Parteien hatten noch bis August Zeit, entsprechend der Wahlgesetze ihre Führungspositionen durch interne Wahlen zu erneuern. Insgesamt haben nun 18 nationale (2002 waren es noch 15) und 48 regionale und lokale Parteien (2002 waren es noch 29) das Recht, sich mit Kandidaten an den anstehenden Wahlen zu beteiligen. Von politischen Experten wird als Grund für die Zunahme der Anzahl der Parteien vor allem die wachsende Unzufriedenheit der Wähler mit den traditionellen Parteien gesehen.

Zwar sind es noch mehr als 6 Monate bis zum Wahlgang und es kann noch viel bis dahin passieren: noch sind nicht alle Kandidaten aufgestellt und Reformen zum Wahl- und Parteiengesetz befinden sich im Parlamentsgang. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Vorschläge, die staatlichen Wahlkampfgelder zu vermindern, die Wahlkampffinanzierung transparenter zu gestalten und die starre Listenwahl durch Präferenzstimmen aufzulockern sowie die direkte Wiederwahl von Bürgermeistern zu verbieten. Es bleibt abzuwarten, auf welche Reformen sich die Abgeordneten abschließend einigen. Sollen sie bereits bei den Wahlen im Februar 2006 Anwendung finden, so müssen sie im September abgeschlossen sein.

Im eigentlichen Wahlkampf lässt sich schon jetzt ein Gravitationszentrum als Konstante absehen - Ex-Präsident Oscar Arias von der sozialdemokratischen PLN, der sich bereits zu Jahresanfang als Präsidentschaftskandidat küren ließ, nachdem im letzten Jahr der Verfassungssenat durch ein entsprechendes Urteil die Wiederwahl von Präsidenten ermöglichte.

Aktuelle Umfrageergebnisse sehen Ex-Präsident Oscar Arias als den sicheren nächsten Präsidenten

Die vorliegenden Umfrageergebnisse lassen eine Wahlenthaltung von über 40 % erwarten. Damit hätte der Volksfestcharakter der costaricanischen Wahlen mit einer hohen Wahlbeteiligung endgültig sein Ende gefunden und der Gefahr einer Ablehnung des Wahlprozesses Platz gemacht.

Etwa 40 % der Befragten haben sich bereits für eine politische Option entschieden und geben dem Kandidaten Oscar Arias einen Vorteil von fast drei zu eins über seinen nächstplatzierten Gegner. Angesichts des Wahlsystems wird sich speziell die Präsidentschaftswahl auf zwei Ebenen vollziehen: die jeweiligen Kandidaten müssen untereinander um eine solide Position gegenüber dem Wähler kämpfen, um so einen möglichst hohen Anteil an Parlamentssitzen zu erlangen. Gleichzeitig gilt es, einen direkten Sieg von Oscar Arias (durch mehr als 40 % der gültigen Stimmen) im ersten Wahlgang zu verhindern, um sich damit eine entsprechende Ausgangsposition für den Einzug als Zweitplatziertes für den Zweiten Wahlgang zu sichern.

Auf den wichtigen zweiten Platz für eine mögliche (wenn auch nicht sehr wahrscheinliche) Stichwahl im April 2006 reflektiert bereits eine Handvoll Anwärter. Bislang sind es Ricardo Toledo von der moderaten christlich-demokratischen PUSC (Partido Unidad Socialcristiana), die aufgrund der Korruptionsvorwürfe gegen zweier ihrer Führungsfiguren und Ex-Präsidenten und interner Auseinandersetzungen angeschlagen ist, Ottón Solís von der linken Bürgeraktion (PAC – Partido Acción Ciudadana), der bei den letzten Wahlen im Jahre 2002 mit einer neuen Partei einen großen Erfolg erzielte und von sozialdemokratischen Links-Fundamentalisten aus der PLN unterstützt wird. Weiterhin António Alvarez von der neugegründeten Union für den Wechsel (UPC – Unión para el Cambio), der aus Protest gegen die erneute Präsidentschaftskandidatur von Oscar Arias aus der PLN austrat und sich der Unterstützung traditioneller Führungsfiguren der Partei, wie Ex-Präsident Luis Alberto Monge, erfreuen kann. Otto Guevara von den kampfesfreudigen und marktradikalen Liberalen (ML – Movimiento Libertario) sowie José Miguel Corrales als Kandidat der linken Patriotischen Union (UP – Unión Patriótica) aus Abweichlern der PAC, die zwischenzeitlich eine Allianz für die Präsidentschaftswahlen mit der Demokratisch-Nationalistischen Aktion (ADN – Acción Democrática Nacionalista) geschlossen hat.

Auf den weiteren Plätzen – mit deutlich weniger Aussichten auf einen Platz an der Sonne – folgen die Kandidaten von sechs weiteren Parteien.

Schwächen und Stärken der Kandidaten

Als fleißig, arbeitsam, enthusiastisch und erfahren stellt sich der führende Kandidat Oscar Arias den Wählern. Unterstützt wird er von einer traditionellen, modernisierten sozialdemokratischen Ideologie, einer organisatorischen Restkapazität der PLN nach einer Serie von Abspaltungen sowie wahlkampf- und regierungserfahrenen Leistungsträgern. Zusammen mit seiner politischen Erfahrung und internationaler Anerkennung geben sie seiner Kandidatur Stärke und Attraktivität für Wähler der politischen Mitte, die Stabilität und Regierungsfähigkeit wünschen.

Der christlich-demokratische Ricardo Toledo präsentiert sich als Politiker auf der Höhe der Zeit, dynamischer Repräsentant der sozialen Anliegen des Volkes mit einem zum populistischen neigenden Image, während Ottón Solís von der PAC Ehrlichkeit, Führungsfähigkeit und Expertise in den Mittelpunkt seiner Imagewerbung stellt. Dezentralisierung staatlicher Dienstleistungen bei gleichzeitiger Erzielung eines Haushaltsüberschusses, Nachverhandlung des Freihandelsvertrages mit den USA, bildungspolitische Programme und Korruptionsbekämpfung stellen bei ihm die Schwerpunkte in seinen Wahlkampfauftritten dar. Als konfliktbereiter Erneuerer auf allen Ebenen geht Antonio Alvarez von der UPC auf Stimmenfang und Otto Guevara vom ML versucht, sich als moderne liberale Führungskraft zu profilieren.

Seine Stärken lassen Oscar Arias und seine PLN zum Gegner sämtlicher anderer Kandidaten und Gruppen werden. Mit der Ausnahme, dass sich einer seiner Gegner klar von seinen Mitbewerbern absetzt und über Allianzen zu einer echten Alternative wird, wirkt sich jede Schwächung von Oscar Arias als weitere Zersplitterung der gegnerischen Front aus. Aus momentaner Sicht ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein ernst zu nehmender Gegenkandidat mit ausreichender Kraft und Identität herausbildet, eher als gering einzuschätzen. Die Bemühungen um Wahl-Allianzen scheinen ebenfalls an ihre Grenzen gestoßen zu sein, zumal die Frist zur Bildung und Einschreibung formaler Parteikoalitionen bereits im Juni abgelaufen ist. Es bleibt lediglich bis zum 21. Oktober Zeit, Wahl-Allianzen zur Unterstützung eines Kandidaten beim Obersten Wahlgericht einzuschreiben.

Antonio Alvarez mit seiner jugendlichen Attraktivität und vielen Übereinstimmungen mit den Ideen Oscar Arias kann sich im gleichen Potential als eine Alternative für enttäuschte sozialdemokratische Wählerschichten herausbilden, gestärkt durch ehemalige christlich-demokratische Anhänger, doch dürfte sein Einflussbereich begrenzt sein.

Ottón Solís, die große bürgerliche Hoffnung bei den letzten Wahlen, befindet sich in einer Abschwungphase. Er konnte die Erwartungen seiner Wähler nicht erfüllen, seine Partei spaltete sich in mehrere Fraktionen im gegenwärtigen Parlament und es gelang ihm bislang nicht, eine attraktive Botschaft für den Wähler aufzubauen. Sein politisches Projekt wird an den Flanken durch die beiden Kandidaten José Miguel Corrales und José Miguel Villalobos sowie den unberechenbaren linken Gruppierungen bedroht.

Otto Guevara steht im Wettbewerb um die junge Wählerschaft und die enttäuschten christlich-demokratischen Anhänger und kämpft mit den anderen Kandidaten um die unzufriedene Wählerschaft, die einen Wechsel bevorzugt. Die marktradikale Philosophie hat ihm zwar eine treue Anhängerschaft beschert, setzt ihm aber auch klare Wachstumsgrenzen.

Ricardo Toledo, Kandidat der christlich-demokratischen PUSC sieht sich vor eine doppelte Aufgabe gestellt. Er muss zunächst die dezimierte und frustrierte Anhängerschaft im eigenen Lager mobilisieren, um sich dann als Nachfolger eines immer unbeliebter werdenden Präsidenten Abel Pacheco als eine aussichtsreiche politische Option zu präsentieren, um nicht nur Oscar Arias Stimmen abzunehmen, sondern auch Wähler davon zu überzeugen, für ihn zu den Urnen zu gehen.

Staatliche Wahlkampffinanzierung

Aufgrund der im Zusammenhang mit den letzten Wahlen von 2002 aufgedeckten Finanzskandale werden private Wahlkampfuwendungen in den parlamentarischen Reformprojekten zur Parteienfinanzierung stark eingeschränkt bzw. verboten. Da die Parteien zudem kaum über eigene Finanzmittel verfügen, kommt der staatlichen Wahlkampffinanzierung eine große Bedeutung zu.

Öffentliche Wahlkampffinanzierung gibt es bislang lediglich für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Der zur Verfügung stehende Fonds entspricht 0,19 % des BIP des Landes im Jahre 2004 und wird an diejenigen Parteien ausgezahlt, die mindestens 4 % der gültigen Stimmen bei den genannten nationalen Wahlen erzielen.

Gegenwärtig wird in der laufenden Debatte um die Wahlrechts- und Parteienreform ein Anteil von 0,15 % diskutiert. Das würde einen Fonds in Höhe von rd. 24 Millionen US-Dollar bedeuten.

Die Zahlungen kommen überwiegend nach den Wahlen zur Auszahlung, was bedeutet, daß die einzelnen Parteien in Höhe der erwarteten Stimmen Schuldverschreibungen mit dem Bankensektor oder auch Privatpersonen vornehmen. Lediglich 5 % (rd. 1,2 Millionen US-Dollar) werden gegenwärtig im Vorfeld der Wahlen an die eingeschriebenen Parteien zu gleichen Teilen ausgezahlt.

Staatliche Wahlkampffinanzierung ausgewählter Parteien im Vergleich 2002 und 2006 (in US-Dollar)		
Partei	2002	2006
PUSC	5.340.000	3.998.000
PLN	4.543.000	8.959.000
PAC	3.760.000	3.110.000
ML	860.000	keine Angaben
PRC	364.000	1.245.000
	14.867.000	17.312.000

Quelle: eigene Berechnungen

Die knapper gewordenen Finanzen haben dazu geführt, dass kostenträchtige Massenveranstaltungen nicht mehr zum zentralen Wahlkampf anliegen gehören, was den Volksfestcharakter der Wahlen weiter einschränkt. Waren es traditionell insgesamt rd. 25 bis 30 Großveranstaltungen, so dürfte ihre Zahl nunmehr bei 6 bis 8 liegen. Stattdessen werden die modernen Kommunikationsmedien in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gestellt. Der größte Teil der Finanzmittel geht üblicherweise in die Organisation des Transports der Wähler zu den Wahlurnen.

Finanzierung der Publizität ausgewählter Parteien für die Wahlen 2006 (in US-Dollar)						
	Fernsehen	Radio	Presse	Plakate	sonstiges	Summe
PUSC	750.000	312.500	104.167	20.833	62.500	1.250.000
PLN	843.750	414.583	137.500	297.917	447.917	2.141.667
PAC	1.352.083	325.000	208.333	158.333	200.000	2.243.750
RAC	125.000	56.250	68.750	12.500	18.750	281.250
Gesamt	3.070.833	1.108.333	518.750	489.583	729.167	5.916.667

Quelle: Oberster Wahlgerichtshof

Mögliche Szenarien für den Ausgang der Präsidentschaftswahlen und ihre politischen Folgen

Auch wenn die zunehmende Zahl von Parteien und die Zeitungskommentare ein Ende des traditionellen Zwei-Parteiensystems voraussagen, scheint es angesichts der Fragmentierung der Opposition und zur Aufrechterhaltung der politischen Handlungsfähigkeit zu einer Rekomposition zwischen den beiden Alt-Parteien PLN und PUSC zu kommen. Das politische System des Landes geht davon aus, dass der Präsident im Parlament über eine regierungsfähige Mehrheit verfügt und einer starken Oppositionspartei gegenübersteht. Mechanismen zur Konfliktlösung zwischen Exekutive und Legislative (z.B. parlamentarische Verantwortlichkeit des Kabinetts oder ein Vermittlungsausschuss) sind kaum vorhanden. Die aufgrund der politischen Zersplitterung des Parlaments zunehmenden Konflikte werden über die dadurch an Macht gewinnende Judikative ventiliert.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheinen vor allem zwei Szenarien wahrscheinlich:

- Ein Kandidat (Oscar Arias) gewinnt die Präsidentschaftswahlen im ersten Durchgang und seine Partei erreicht eine Mehrheit oder eine starke Minderheitsposition im Parlament

Nach den bisherigen Umfragen dürfte mit einer parlamentarischen Mehrheit zwischen den beiden Alt-Parteien PLN und PUSC die Regierungsfähigkeit gesichert sein. Die gesellschaftlichen Interessengruppen verlieren allerdings an Einfluss im politischen Entscheidungsprozess. Die weiteren Parteien treten ein in das traditionelle Spiel der politischen Verhandlungen, Allianzen, anschließender Zersplitterung und Neuaufbau. Institutionelle und wirtschaftliche Reformen erhalten einen Schub und eine neue politische Stabilität ist möglich. Die Reformen des Staates und seiner Institutionen ist möglich, bringt aber Reibungsverluste.

- Ein Kandidat gewinnt im zweiten Wahlgang und das Parlament splittert sich politisch weiter auf

Der Grad der Regierungsfähigkeit hängt davon ab, wer den zweiten Wahlgang gewinnt. Es besteht die Gefahr, dass sich das politische System und die gesellschaftliche Entwicklung trotz der Möglichkeiten zu Allianzen oder permanenten Verhandlungen zwischen 5 bis 7 Fraktionen im Parlament festfährt. Die gesellschaftlichen Gruppen werden zu wichtigen Akteuren der politischen Entscheidungsprozesse. Aus der Krise kann sich das Chaos entwickeln oder aber es kommt zu dem Auslöser für eine umfassende politische Reform.

Führungskraft und Durchsetzungsvermögen des zukünftigen Präsidenten entscheidend

Geht man von den gegenwärtigen Wahrscheinlichkeiten aufgrund der vorliegenden Umfragen aus, erscheint das erste Szenario vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen als realistisch.

Die Zusammensetzung des Parlaments wird sich für 2006 bis 2010 damit parteipluralistisch gestalten, und wichtige Reformvorhaben werden angesichts der parlamentarischen Erfordernisse nur mit Allianzen im Parlament zu bewerkstelligen sein, wobei die beiden Alt-Parteien nach Lage der Umfragen eine wichtige Rolle spielen werden. Leider wird angesichts der erschwerten Regierungsarbeit der Parteipluralismus in der Volksmeinung gleichgesetzt mit Stillstand. Was jedoch auf mittlere und lange Frist als Hindernis für eine stabile Demokratie erscheint, kann auf kurze Frist im Rahmen einer Legislaturperiode durchaus beherrschbar sein.

Falls der nächste Präsident außer einer soliden Regierungsmannschaft noch Vision, Führungskraft und Durchsetzungsvermögen mitbringt, kann er im Zusammenspiel mit der Unterstützung durch eine starke Parlamentsfraktion und eine kohärente Regierungsarbeit sowie politische Verhandlungen (auf den ersten Blick kommt dafür die zukünftige Fraktion der PUSC in Frage) durchaus Fortschritte in den erforderlichen Reformbereichen erzielen. Notwendige Bedingung ist jedoch, daß zumindest aufseiten einiger der anderen politischen Kräfte im Parlament klare Führungsstrukturen bestehen und sich nicht angesichts der bisherigen Erfahrungen die Zersplitterung der Parlamentsfraktionen wiederholt.

Die Liste von ausstehenden Reformvorhaben und Entscheidungen ist lang und geht von der Sicherung der Stabilität der Staatsfinanzen bis zur Förderung öffentlicher Investitionen und Kernaufgaben des Staates; von der wirtschaftlichen Öffnung als Wachstumsmotor bis zu klaren Sozialpolitiken zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit und Abbau der Armut; von der Verbesserung der Qualität der Bildung bis zur Konsolidierung des Gesundheitssystems. Allerdings darf in der Agenda nicht die umfassende Überprüfung des politischen Systems und der demokratischen Legitimität fehlen.

Dem Anschein nach wird sich der anstehende Wahlkampf vor allem auf kontroverse Punkte konzentrieren, an denen sich die Kandidaten profilieren und weniger an den Erfordernissen der zentralen Entwicklungsproblematik des Landes als Vorstufe möglicher Gemeinsamkeiten zur Beseitigung des enormen Reformstaus. Falls der Freihandelsvertrag Zentralamerikas mit den USA bis zu Beginn des Wahlkampfes nicht vom Parlament ratifiziert worden ist, wird er aufgrund seines emotionalen Gehalts für

weitere Verwerfungen sorgen. Ebenso ein möglicher Strafprozess gegen die beiden christlich-demokratischen Ex-Präsidenten Rafael Angel Calderón und Miguel Angel Rodríguez, falls er in den Wahlkampf fällt. Für die angeschlagene christlich-demokratische PUSC kommt es darauf an, in den Wahlen eine starke Fraktion durchzubringen, um in der kommenden Wahlperiode eine wichtige politische Rolle spielen zu können, die ihr Gelegenheit gibt, sich in der Opposition zu erneuern.